Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.

# Jahresbericht 2018 des Projektes „Mitzpe – Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefähdungen“

Das Projekt „Mitzpe – Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefährdungen“ des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) gewährleistet einerseits eine vertiefte Recherche im Kontext einer aktuellen Feld- und Diskursbeobachtung, die in eine zeitnahe Berichterstattung im Netz umgesetzt wird, um so die Öffentlichkeit für antisemitische und antidemokratische Phänomene und Vorfälle zu sensibilisieren. Mithilfe einer fortlaufenden Online-Recherche und Feldbeobachtung werden antisemitische Vorfälle und Diskurse unterschiedlichster Couleur (klassischer antijudaistischer und rassistischer, revisionistischer, „antizionistischer“/israelbezogener, verschwörungsideologischer und struktureller Antisemitismus) in unterschiedlichen Spektren (völkisch-rassistischer sowie ethnozentriert-kulturalistischer Rechtsextremismus, „Querfront“, Islamismus etc.) erfasst. In seiner Berichterstattung legt das JFDA Wert darauf, dass der Antisemitismus – also die politisch, sozial, rassistisch oder religiös grundierte Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden – einerseits als besonderes Diskriminierungsmuster benannt und erkennbar gemacht, andererseits aber auch im weiteren Kontext der – rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen und religionsbezogenen, aber auch sozialen, sexistischen, LSBTIQ-feindlichen usw. – Diskriminierung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit behandelt wird.
Im Jahr 2018 wurden im Rahmen der Feldbeobachtung mehr als 30 Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen begleitet. Der vorliegende Jahresbericht gibt – entlang der Kategorien „Israelbezogener Antisemitismus“, „Rechtsextremismus“, „Juristisches“ und „Sonstiges“ – einen Überblick über entsprechende Vorfälle und ordnet deren Relevanz hinsichtlich der Verbreitung von Antisemitismus sowie anderer Diskriminierungsmuster und Formen der Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein.

*Gefördert durch:*

Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.
Das Landesprogramm

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

be Berlin

Stiftung Berliner Sparkasse
von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin

# Israelbezogener Antisemitismus

**21.01.2018 – Israelgegner*innen instrumentalisieren „Women's March 2018" in Berlin**

Etwa 1.300 Menschen demonstrieren beim „Women's March" gegen Sexismus und Rassismus. An einem antiisraelischen Block beteiligten sich etwa 130 Menschen, darunter BDS-Aktivist*innen. Es wurden Parolen wie „From the river to the sea, Palestine will be free" skandiert.

**09.03.2018 – Israelischer Messestand ist Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen**

Wie mehrere Zeitungen berichten, kam es auf der internationalen Tourismusmesse ITB zu einem Vorfall am Stand der israelischen Tourismusbehörde. Nach Angaben der Polizei hatten sich die 19- bzw. 21-jährigen Männer gegen 14.30 Uhr dem Stand genähert, Schals mit der palästinensischen Flagge geschwenkt und „Free Palestine" gerufen. Als die alarmierte Polizei eintraf, hätten sich die Männer bereits entfernt. Die Polizei habe sie jedoch in einer anderen Halle antreffen und ihre Personalien feststellen können.

**14.04.2018 – Israelfeindliche Veranstaltung: „Freiheit für politische Gefangene"**

Rund 100 Menschen protestierten am Hermannplatz für die Freilassung palästinensischer Gefangener. In Redebeiträgen wurde Israel als „kolonial-zionistisches Regime" diffamiert, ein Redner sagte: „Es lebe der palästinensische Kampf bis zur Befreiung des letzten Sandkorns Palästinas", ein Rückgriff auf eine Hamas-Losung. Ein Redner bezog sich auch positiv auf den bewaffneten Kampf gegen Israel. Die Polizei nahm daraufhin seine Personalien auf.

**01.05.2018 – Antisemitische Parolen beim „Roten ersten Mai" des Jugendwiderstands / Angriff bei „Revolutionärer 1. Mai Demo"**

Die gewaltbereite stalinistisch-maoistische Gruppierung „Jugendwiderstand" mobilisierte am 01.05.2018 unter dem Motto „Heraus zum Roten ersten Mai!" zu einer Kundgebung auf dem Karl-Marx-Platz im Bezirk Neukölln. Ca. 80 Personen zogen im Anschluss in einem Demonstrationszug bis zum Hermannplatz. Während der Kundgebung wurde von Rednern des Jugenwiderstands und Mitgliedern der antiisraelischen Organisation F.O.R. Palestine u.a. zur Verweigerung der deutschen Staatsraison aufgerufen, die das Existenzrecht Israels bedingungslos anerkennt. Des Weiteren wurde ein Vergleich zwischen der Shoah und „Genozid und Vertreibung" in Palästina angestellt. Die Demonstrationsteilnehmer skandierten weiterhin Parolen wie: „…USA, internationale Massenmordzentrale" und riefen mit „Palästina, Kurdistan: Intifada, Serhildan!" zum Kampf gegen Israel auf. Während der abendlichen „Revolutionären 1. Mai Demo" in Berlin-Kreuzberg griff der „Jugendwiderstand" den „feministischen Block" an. Auslöser war ein Transparent, das sich gegen Antisemitismus und die BDS-Kampagne aussprach. Im Anschluss kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Personen aus dem Umfeld des „Jugendwiderstands" und weiteren Demonstrierenden.

**13.05.2018 – Nakba-Fest am Hermannplatz**

Einige hundert Menschen versammelten sich am 13.05.2018 auf dem Hermannplatz zu einer Art Volksfest anlässlich des Gedenkens an die „Nakba". Unter den Besuchern befanden sich auch Mitglieder des „Jugendwiderstands".

**15.05.2018 – Nakba-Kundgebung Brandenburger Tor**

Einige hundert Menschen versammelten sich am 15.05.2018 auf dem Pariser Platz anlässlich des Gedenkens an die „Nakba". Unter den Teilnehmern befanden sich Anhänger des „Jugendwiderstands" sowie Aktivisten von BDS Berlin und der Jewish Antifa.

**04.06.2018 – Protest gegen den Besuch von Netanjahu in Berlin**

Anlässlich des Besuchs des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu in Berlin demonstrierten rund 80 Menschen, darunter das „Demokratische Komitee Palästinas", Vertreter der sogenannten BDS-Kampagne (Boycott, Divestment & Sanctions) und der Jugendwiderstand, vor dem Bundeskanzleramt. Unter den Rednern befanden sich Jürgen Grassmann, Sprecher der „Quds AG", und Said Dudin, ein ehemaliger Fatah-Verbindungsmann und RAF-Helfer. Dieser bezeichnete Netanjahu als „Massenmörder", sprach von „zionistischen Konzentrationslagern" und titulierte Mitglieder der deutschen Regierung als die „Enkel Goebbels".

**09.06.2018 – Zulauf bei israelfeindlichem Al-Quds-Marsch in Berlin**

Gegen den jährlichen Al-Quds-Marsch durch Berlin protestierten am 9. Juni 2018 mehrere hundert Menschen. An dem israelfeindlichen Aufmarsch beteiligten sich in diesem Jahr nach Polizeiangaben 1600 Personen. Kurzzeitig wurden Symbole der paramilitärischen Hisbollah sowie der palästinensische Terrororganisation PFLP gezeigt.

**12.09.2018 – Antisemitische Veranstaltung in Kreuzberg – „Jugendwiderstand" bedrängt Gegendemonstranten**

Etwa 150 Menschen nahmen am Abend des 12.09.2018 an einer Vortragsveranstaltung mit der palästinensischen Aktivistin Manal Tamimi im „Jockel Biergarten" in Berlin-Kreuzberg teil. Tamimi ist bekannt für ihre antisemitischen und den palästinensischen Terror verherrlichende Aussagen. An der Veranstaltung beteiligten sich viele „propalästinensische" Aktivisten aus Berlin, darunter Mitglieder der BDS-Kampagne oder der Gruppe „FOR Palestine". Kader und Sympathisanten des stalinistisch-maoistischen „Jugendwiderstands" agierten auf der Veranstaltung als informeller Sicherheitsdienst. Als eine spontan angemeldete Versammlung mit etwa 25 Gegendemonstranten vor den Veranstaltungsort zog, machten sich sofort dutzende Personen von der Tamimi-Veranstaltung auf den Weg zu der Gegenkundgebung, wo sie die Teilnehmenden beleidigten, bedrohten und auf die andere Straßenseite drängten. Dabei fielen auch Parolen wie „Intifada bis zum Sozialismus"; eine Frau mit einem Kleinkind auf dem Arm warf eine benutzte Windel in Richtung der Gegendemo.

**09.11.2018 – BDS-Aktion am Potsdamer Platz**

Die Gruppe BDS Berlin instrumentalisiert den 80. Jahrestag der Novemberpogrome in Berlin mit einer Kundgebung am Potsdamer Platz. Auf Schautafeln und Flugblättern wurde Israel dämonisiert und zum Boykott des jüdischen Staates aufgerufen. Bewusst wurde die Aktion am 9. November mit den Novemberpogromen im Jahr 1938 in Verbindung gebracht.

**16.11.2018 – Israelfeindliche Veranstaltung am Brandenburger Tor**

Etwa 50 Menschen beteiligten sich am 16.11.2018 an einer antiisraelischen Kundgebung in Berlin. In Redebeiträgen wurde der jüdische Staat dämonisiert und delegitimiert sowie zur Befreiung Palästinas aufgerufen. So wurde behauptet, Israel zeige sein „mörderisches Gesicht in Palästina". Ein Redner rief zur Unterstützung auf, um „endlich die Okkupationsmacht für allemal zu besiegen". Ein anderer Redner sagte, das „palästinensische Volk", das „seit 70 Jahren unter dem Staatsterror Israels leidet", habe das Recht, sich zu wehren. Angesichts von hunderten Raketen, die

in den vorangegangenen Tagen aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert wurden, konnte dies nur als positive Bezugnahme auf den bewaffneten Kampf gegen den jüdischen Staat verstanden werden.

**25.11.2018 – Israelfeindliche Veranstaltung: „Freiheit für alle revolutionären Gefangenen“**

Unter dem Motto „Kein Vergessen – wir werden unsere gefangenen Helden nicht vergessen“ fand am Sonntag, den 25. November, eine israelfeindliche Veranstaltung „für die Freiheit aller revolutionäre[r] Gefangenen“ im linksalternativen Veranstaltungsort „New Yorck im Bethanien“ in Berlin-Kreuzberg stattfinden. Die Veranstaltung war ursprünglich im Hausprojekt „Kinzig 9“ geplant, wurde nach Kritik im Vorfeld aber abgesagt. Gastgeber waren laut Veranstaltungsankündigung zahlreiche israelfeindliche und antisemitische Gruppen wie der Verein „Demokratische Komitees Palästinas“ (DKP) und FOR-Palestine. Der DKP veranstaltet regelmäßig Feiern anlässlich des Jahrestags der palästinensischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die von der EU sowie den USA als Terrororganisation eingestuft wird. Die PFLP ist seit den 1970er Jahren verantwortlich für unzählige antisemitische Terroranschläge in Israel und Europa. Im vergangenen Jahr töteten zwei Mitglieder eine israelische Polizistin in Jerusalem. In den letzten Monaten beteiligten sich Mitglieder der Organisation an direkten Angriffen auf Israel und schossen nach eigenen Angaben Raketen nach Israel.

## Zusammenfassung

*Akteurinnen und Akteure im Bereich des „israelbezogenen Antisemitismus“ weisen häufig den Vorwurf des Antisemitismus von sich und bemühen sich zuweilen, ihr Engagement als „Israelkritik“ zu verklären. Die Glorifizierung der Intifada – also des bewaffneten Kampfes gegen Israel –, die fortlaufende Dämonisierung und Delegitimierung Israels als Unrechts- und „Apartheidstaat“ sowie Boykottaufrufe gegen israelische Waren, Künstler und Wissenschaftler verdeutlichen jedoch, dass hinter dem vermeintlich bürgerrechtlichen Engagement für „politische Gefangene“ oder gegen „Besatzung“ im Kern antisemitische Ressentiments stecken, die sich – wie am 1. Mai geschehen – auch in Gewalt gegenüber Menschen entladen können, die sich gegen Antisemitismus positionieren. Zu beobachten war, dass im Themenfeld „israelbezogener Antisemitismus“ häufig islamistisch motivierter Antisemitismus mit einer „antiimperialistisch“-linken Weltanschauung zusammentrafen. Grundsätzlich ist zu anzumerken, dass abgesehen von den festen Terminen (etwa der 1. Mai, der Al-Quds-Tag oder der Tag zum Gedenken an die so genannte „Nakba“) die anlassbezogenen Aktionen (in Reaktion auf konkrete Ereignisse im Nahen Osten) im Vergleich zum Vorjahr (als es wegen der von Trump angekündigten Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem große und aggressive antiisraelische Kundgebungen gab) weniger dominant waren. Gleichzeitig war die Szene bemüht, ihre Aktionen zu verstetigen und beispielsweise mit Vortragsveranstaltungen oder Kundgebungen auch ohne konkreten „Anlass“ für ihre antisemitische Agenda zu werben.*

# Rechtsextremismus

### 17.02.2018 – 1. „Marsch für die Frauen“

Etwa 500 Menschen beteiligten sich am 17.02.2018 am „Marsch der Frauen“, der von dem AfD-Mitglied Leyla Bilge initiiert wurde. Die Demonstranten gaben vor, für Frauenrechte einzutreten, nutzten die Veranstaltung jedoch vor allem für eine flüchtlingsfeindliche Agenda. Am Redner*innenpult auf dem Lautsprecherwagen des „Frauenmarsches“ prangte das Logo des rechtsextremen „Bürgerbündnis Havelland“, welches die sogenannte Lebensrune beinhaltet. Diese nutzte auch die Frauenorganisation der NSDAP, die NS-Frauenschaft, als Abzeichen. Teilnehmende des Marsches trugen einschlägige Szenekleidung; ein Ordner fiel mit einer Tasche der Neonazi-Marke „Ansgar Aryan“ auf.

### 03.03.2018 – Hitlergruß und offener Antisemitismus bei rechtsextremer Demo in Berlin

In Berlin sind am 03.03.2018 etwa 500 Rechtsextreme unter dem Motto „Nein zur Groko“ auf die Straße gegangen. Aufgerufen hatte das Netzwerk „Wir für Deutschland“ (WfD), das seit 2016 regelmäßig rassistische Aufmärsche organisiert. Die Teilnehmenden, unter denen sich neben Anhänger*innen der AfD auch viele Neonazis befanden, skandierten Parolen wie „Nationaler Sozialismus – jetzt“ und „Ruhm und Ehre der deutschen Nation“. Der sächsische Neonazi Alexander Kurth sagte auf dem Lautsprecherwagen, man wolle die Bundesrepublik „auf dem Müllhaufen der deutschen Geschichte“ entsorgen. Unter den Redner*innen befanden sich auch die AfD-Mitglieder Uta Nürnberger und Roland Ulbrich. Einige Teilnehmer des Aufmarsches zeigten den Hitlergruß. Aus diesem Grund kam es nach Ende der Versammlung zu mehreren vorläufigen Festnahmen. Journalist*innen wurden am Rande des Aufzugs immer wieder von Teilnehmenden beleidigt und bedrängt. Ein Teilnehmer trug zudem Plakate mit offen antisemitischen Karikaturen.

### 18.04.2018 – NPD-Kundgebung am Kanzleramt

Etwa 10 Neonazis aus dem Umfeld der NPD beteiligten sich am 18.04.2018 an einer Kundgebung in der Nähe des Kanzleramts. Sie hielten ein Transparent mit den Schriftzügen „Kriegstreiber stoppen“ und „Ami go home“.

### 26.05.2018 – Rechter Mini-Aufmarsch floppt in Berlin

An einer rechten Kundgebung auf dem Hardenbergplatz am Zoologischen Garten beteiligten sich am 26.05.2018 etwa 60 Menschen. Dazu aufgerufen hatte das „Bürgerbündnis Hand in Hand“, das seit 2016 regelmäßig Aufmärsche mit 100-150 Menschen aus dem rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Milieu veranstaltet hat. Die Kundgebung stand unter dem Motto „Frei, sozial & souverän“. In den Redebeiträgen wurde Panik vor „illegaler Masseneinwanderung“ geschürt; Curd Schumacher sprach von einer „Unterwanderung der Polizei“. In der Rede von Serge Menga wurde ganz beiläufig die Shoah relativiert. Menga sagte, es werde oft vergessen, dass Millionen Deutsche im Zweiten Weltkrieg gestorben seien, weil immer nur über die Juden gesprochen werde. Zum Abschluss der Kundgebung wurden alle drei Strophen des Deutschlandlieds abgespielt. Unter den Teilnehmenden befanden sich unter anderem Anhängerinnen und Anhänger der AfD und Personen aus dem Hooliganspektrum. Einige Teilnehmende trugen zudem einschlägige Kleidungsmarken oder Tattoos aus der Neonazi-Szene. Am Rande der Kundgebung wurden Journalisten durch Teilnehmer bedrängt.

### 27.05.2018 – AfD-„Großdemonstration“

An einer „Großdemonstration“ der Alternative für Deutschland (AfD), die vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor führte, beteiligten sich rund 5.000 Menschen. Für ihre Demonstration hatte die AfD einiges an parteipolitischer Prominenz aufgeboten: Der Demozug wurde von Beatrix von Storch, Alexander Gauland und Jörg Meuthen angeführt. Alle drei Funktionäre hielten auch Reden auf den Kundgebungen. Der Landesvorsitzende der brandenburgischen AfD, Andreas Kalbitz, beschwor auf der Auftaktkundgebung die Einigkeit der verschiedenen „Bürgerinitiativen“ und zählte dazu explizit auch die Kampagne „EinProzent“, die maßgeblich von Aktivisten der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ betrieben wird. Trotz Unvereinbarkeitsbeschluss und der Ankündigung der AfD, gegen entsprechende Symbole vorgehen zu wollen, nahmen zudem mehrere Aktivisten und Anhänger der „Identitären Bewegung“ sowie der Gruppierung „Soldiers of Odin“ an dem Aufmarsch teil. Zudem trugen einige Demonstranten Kleidungsstücke der Marke „Thor Steinar“, die in der Neonazi-Szene beliebt ist.

**09.06.2018 – 2. „Marsch für die Frauen“**

Etwa 500 Menschen beteiligten sich am 09.06.2018 an der Neuauflage des rechten „Frauenmarsches“ in Berlin. Das Demonstrationsbündnis um das AfD-Mitglied Leyla Bilge hatte bereits im Februar dieses Jahres versucht, durch Berlin zu ziehen. Seinerzeit musste der Protestzug kurz nach dem Start umkehren, weil die Marschroute von Gegendemonstrant_innen blockiert wurde. Auf Plakaten und in Redebeiträgen instrumentalisierten die Protestierenden am Samstag frauenpolitische Zwecke für ihre rassistische Agenda. Angriffe auf die sexuelle Selbstbestimmung und die Frauenrechte scheinen für die Anhängerinnen und Anhänger des „Frauenmarsches“ nur von ausländischen Männern auszugehen. Eine Rednerin sprach von den „wunderbaren Töchter Europas“, deren Sicherheit „durch offene, ungeschützte Grenzen“ bedroht seien.

**14.06.2018 – Kundgebung „Freiheit für Ursula Haverbeck“**

Etwa 10 Neonazis demonstrierten am 14.06.2018 auf Pariser Platz für die Freilassung der mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck. Sie hielten ein Transparent mit dem Schriftzug „Freiheit für Ursula Haverbeck. Gegen Staatsterror und Repression“ und verteilten Flugblätter an Passanten.

**18.08.2018 – Rudolf Heß Gedenkmarsch**

Beim alljährlichen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ versammelten sich am 18.08.2018 etwa 700 Neonazis zu dessen 31. Todestag in Berlin. Trotz strenger Auflagen der Polizei wurden offen antisemitische Parolen skandiert. Demonstrationsteilnehmer sangen „Wo man Juden deportiert, da ist das Rheinland!“. Es wurden mehrfach Hitlergrüße gezeigt. Zudem waren vereinzelte „Wo ist eure Anne Frank?“-Rufe zu hören. Neben Aggressionen gegen Gegendemonstranten wurden mehrfach Journalisten belästigt und körperlich angegangen. Das Fronttransparent der Neonazis zeigte, wie bereits vergangenes Jahr, das berühmte Rudolf Heß-Zitat „Ich bereue nichts“. Vielfach waren T-Shirts zu sehen, die Solidarität mit der verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck forderten.

**03.10.2018 – Rechtsextreme Demonstration zum „Tag der Nation“**

Etwa 2.000 Menschen beteiligten sich am 03.10.2018 an einem rechtsextremen Aufmarsch der Vereinigung „Wir für Deutschland“ (WfD) in Berlin. Unter Parolen wie „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ und „Lügenpresse“ zogen die Demonstranten mehrere Stunden durch Berlin-Mitte. Unter den Teilnehmenden befanden sich Personen aus verschiedenen rechten Spektren. Neben AfD- und Pegida-Anhängern beteiligten sich auch viele Neonazis mit einschlägiger Szenekleidung an der Veranstaltung. Auch Anhänger der rechtsextremen

„Bürgerwehr"-Gruppe „Soldiers of Odin" waren vor Ort, ebenso Arthur Oesterle, der zuletzt als „Chefordner" der „Bürgerbewegung Pro Chemnitz" von sich reden machte. Ein Teilnehmer rief in Richtung der Gegendemonstranten „Rein in die Gaskammer!". Der Neonazi-Kader Sebastian Schmidtke (NPD) trat bei der Veranstaltung als Ordner und Redner auf. In seinem Redebeitrag machte er aus seinem instrumentellen Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie keinen Hehl: „Wir werden Veränderungen nicht durch Wahlen herbringen", so Schmidtke, sondern durch eine „friedliche Revolution". Und mit Blick auf die „patriotische blaue Partei" AfD fügte er hinzu: „Trotzdem ist es natürlich wichtig, dass wir die Parlamente nutzen, egal wie die Partei heißt." Auch Verschwörungsideologien und antisemitische Andeutungen wurden in den Redebeiträgen verbreitet. Myriam Kern vom Protestbündnis „Kandel ist überall" machte „U-Boote, die nach der Agenda von diesen Globalisten und dieser Finanzelite" handelten für die „Abschaffung" der Deutschen verantwortlich und sagte: „Wir akzeptieren nicht Kahane und Soros, die uns unser Land wegnehmen wollen."

**08.11.2018 – Gedenkmarsch zum 9. November: AfD-Politiker trägt blaue Kornblume**

Am 8. November beteiligten sich ca. 500 Menschen an einem Gedenkmarsch vom Berliner Abgeordnetenhaus zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Am Gedenkmarsch nahmen neben Kirchenvertretern, dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) auch der AfD-Abgeordnete Andreas Wild teil. Dieser trug eine blaue Kornblume am Revers – ein politisch umstrittenes Symbol. Unter anderem war diese im 19. Jahrhundert offizielles Parteisymbol der antisemitischen „Alldeutschen Vereinigung" in Österreich und des Ablegers in Deutschland. Später wurde das Symbol zum Erkennungszeichen für die damals illegalen Nationalsozialisten, da Hakenkreuze und andere NS-Symbole verboten waren. Nach 1945 wurde das Symbol in Österreich und Deutschland weiterhin von rechtsextremen Parteien sowie völkisch-nationalen Vereinen verwendet. Wild habe mit der Kornblume seine Verbundenheit zum Vaterland zum Ausdruck bringen wollen, sagte er gegenüber dem Tagesspiegel.

**09.11.2018 – Rechtsextreme floppen mit Provokation am 9. November**

In Berlin fand am 80. Jahrestag der Novemberpogrome ein rechtsextremer Aufzug der Initiative „Wir für Deutschland" (WfD) statt. Die Demonstration stand unter dem Motto „Trauermarsch für die Opfer von Politik". Der Aufmarsch zog in weiten Teilen durch ein menschenleeres Regierungsviertel. Unter den ca. 130 Teilnehmenden befanden sich Anhänger der vom Verfassungsschutz beobachteten „Soldiers of Odin" und der NPD. Angemeldet hatten die Veranstalter 250 Personen. Während der Demonstration kam es zu einem Angriff auf einen Journalisten durch Neonazis.

**11.11.2018 – Gewaltfantasien und Aggressionen bei rechter Demo in Berlin**

An einer Demonstration gegen den so genannten „Migrationspakt" beteiligten sich am 11.11.2018 in Berlin rund 500 Menschen. Angemeldet und organisiert worden war der Aufzug von AfD-Mitglied Leyla Bilge. Während des Aufmarsches sangen einige Demonstranten „Merkel hat das Land gestohlen / Gib es wieder her / Sonst gehen Dich die Sachsen holen / Mit dem Luftgewehr". Diese Zeilen müssen als Anspielung auf die mutmaßliche rechtsterroristische Gruppe „Revolution Chemnitz" verstanden werden, deren Mitglieder Anfang Oktober von der Generalbundesanwaltschaft verhaftet wurden. Im Zuge der Durchsuchungmaßnahmen beschlagnahmten Ermittler unter anderem ein Luftgewehr. An den Gesängen beteiligten sich auch die AfD-Bundestagsabgeordneten Stefan Keuter und Karsten Hilse. Andreas Wild (AfD), Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, offenbarte in seinem Redebeitrag sein groteskes Geschichtsverständnis. Er sprach von den Opferzahlen jener Kriege, „unter denen Deutschland gelitten hat". Zu diesen zählte er ausdrücklich auch den Zweiten Weltkrieg. Die Stimmung der Teilnehmer gegenüber den vereinzelten Gegendemonstrant*innen am Rande war ausgesprochen

aggressiv. Die Rechten beleidigten die Gegenprotestler; einige versuchten auch, zu ihnen zu gelangen und mussten infolgedessen von der Polizei zurückgehalten werden. An dem Aufzug beteiligten sich auch Personen aus dem Spektrum der sogenannten „Reichsbürger".

**01.12.2018 – Kundgebung gegen den Migrationspakt**

Rund 1.000 Menschen haben sich am 1.12.2018 an einer rechtsradikalen Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin beteiligt. Der von Pegida Dresden, dem Cottbuser Verein „Zukunft Heimat" und weiteren rechten Gruppen organisierte Protest richtete sich gegen den UN-Migrationspakt. Auf dem Platz des 18. März hatte sich ein breites rechtes Spektrum eingefunden. Unter den Teilnehmenden befanden sich Neonazis, Reichsbürger, Mitglieder der rechtsextremen „Identitären Bewegung" sowie hochrangige Politiker der AfD. Als Redner traten unter anderem Lutz Bachmann (Pegida), Jürgen Elsässer (Compact Magazin), Andreas Kalbitz (Landesvorsitzender AfD Brandenburg sowie Beisitzer im Bundesvorstand der AfD), Christina Baum (AfD-Landtagsabgeordnete) und Karsten Hilse (AfD-Bundestagsabgeordneter) auf. In seiner Rede sprach Hilse davon, dass „das deutsche Volk" von „Selbsthass zerfressen" sei, eine „Volksschuld" eingeredet bekomme und deswegen den Migrationspakt dulden müsste. Auch wurden in Redebeiträgen Verschwörungsmythen über die angeblichen Machenschaften von „Globalisten" verbreitet, die deutsche Bevölkerung „auszutauschen". Der AfD-Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt André Poggenburg trug während der Kundgebung eine blaue Kornblume am Revers. Damit bezog er sich wohl positiv auf seinen Parteikollegen Andreas Wild, der in die Kritik geraten war, weil er am 08.11.2018 bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberpogrome eine blaue Kornblume trug (s.o.).

## Zusammenfassung

*Der Großteil der rechtsextremen Demonstrationen in Berlin ist nicht von organisierten Neonazi-Strukturen (wie etwa der NPD oder Kameradschaften) organisiert und durchgeführt worden, sondern häufig von Einzelpersonen aus dem rechten oder rechtsextremen Milieu, die vor allem über soziale Netzwerke wie Facebook zur Teilnahme an ihren Veranstaltungen aufriefen. Unter verschiedenen Labels wie „Wir für Deutschland", „Hand in Hand" oder „Marsch für die Frauen" gelang es ihnen, ein breit gefächertes Milieu von bürgerlichen bis hin zu rechtsextremen Personen zu mobilisieren. Organisierten Neonazi-Strukturen scheint bewusst zu sein, dass sie angesichts einer erfolgreichen Konkurrenzpartei, die auch imstande ist, rechtsextremes Wählerpotenzial zu absorbieren, mit eigenen Demonstrationen derzeit kaum Wählerstimmen dazugewinnen dürften. Aus diesem Grund scheinen sie auf entsprechende Konkurrenzveranstaltungen (bspw. gegen den „Migrationspakt") bewusst zu verzichten und stattdessen an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, sich zum Teil sogar als Ordner oder Redner inhaltlich einzubringen. Das verweist allerdings nicht auf eine Schwäche oder Einflusslosigkeit rechtsextremer Milieus, sondern auf die erodierende Abgrenzung von Teilen des Bürgertums gegenüber solchen Gruppen und Personen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer rechtsextremer Demonstration schreckten nicht davor zurück, offen antisemitische Aussage zu verbreiten.*

# Juristisches

### 16.01.2018 – Wolfgang Gedeon (AfD) darf „Holocaustleugner“ genannt werden

Eine Kammer des Berliner Landgerichts entschied am 16.01.2018, dass Josef Schuster Wolfgang Gedeon (AfD) weiterhin „Holocaustleugner“ nennen darf und wies eine entsprechende Klage Gedeons ab. Schuster, der Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, hatte Gedeon in einem Kommentar im Tagesspiegel so genannt und später auf verschiede Schriften Gedeons verwiesen, in denen dieser die Shoah relativiere. Diese Relativierung räumte auch Gedeons Anwältin während der Verhandlung ein.

### 07.03.2018 – Drei Männer wegen transfeindlichen Angriffs verurteilt

Vor dem Amtsgericht Tiergarten sind am 06.03.2018 drei junge Männer wegen eines transfeindlichen Angriffs verurteilt worden. Das Jugendschöffengericht sah es als erwiesen an, dass die zur Tatzeit 16- bzw. 17-Jährigen im Oktober 2016 in Berlin eine Transfrau in der U2 beleidigt und misshandelt hatten. In der Anklageschrift hieß es, die Jugendlichen hätten mit der Attacke den Plan verfolgt, „ihre homophobe und menschenverachtende Gesinnung gewalttätig kundzutun“. Die Anklage für diesen Vorfall lautete: Gefährliche Körperverletzung, Beleidigung und Diebstahl. Die mehrfach vorbestraften Angeklagten gestanden die Tat und bekundeten Reue. Sie räumten ein, dass sie sich zunächst auf Arabisch über das Aussehen des späteren Opfers, welches eine Strumpfhose und Makeup trug, lustig gemacht hatten. Es folgten wechselseitige Beleidigungen. Schließlich griff einer der Männer die Transfrau mit zwei Tritten und einem Faustschlag gegen den Oberkörper an. Ein Mittäter schubste das Opfer an der Station Bülowstraße aus der U-Bahn, wobei dessen Handy zu Boden fiel. Einer der Angreifer steckte das Mobiltelefon ein und schmiss es einige Zeit später weg. Das Opfer blieb nahezu unverletzt. Einer der Schläger wurde zusätzlich wegen Volksverhetzung verurteilt. Er hatte bei Facebook etwa ein halbes Jahr nach der Attacke ein islamistisches Statement kommentiert, in dem Homosexuelle abgewertet wurden. Dazu schrieb er: „Alle vom Dach kicken und unten mit Steinen beschmeißen“. Eine Zeitungsmeldung über einen Terroranschlag in Tel Aviv hatte der junge Mann zudem mit den Worten kommentiert: „Was gibt es schöneres, als früh am Morgen so etwas zu lesen?“ Vor Gericht wollte der Angeklagte zu der antisemitischen Äußerung keine Erklärung abgeben. Den homophoben Kommentar versuchte er damit zu rechtfertigen, dass er sich damals „eine Zeit lang sehr tief mit meiner Religion befasst“ habe und Homosexualität „bei mir in der Religion halt verabscheut“ werde. Mittlerweile habe er erkannt, dass dies falsch sei und alle Menschen Toleranz verdienten.

### 24.05.2018 – Urteil nach rassistischer Attacke in Berlin

Das Amtsgericht Tiergarten hat am 24.05.2018 einen 34-jährigen Mann wegen Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung verurteilt. Der Angeklagte hatte im Juni des vergangenen Jahres in Reinickendorf eine Frau aus dem Bus geschubst sowie rassistisch und sexistisch beleidigt. Unter Einbeziehung früherer Verurteilungen verhängte das Gericht eine Gesamtfreiheitsstrafe in Höhe von einem Jahr und vier Monaten, welche zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Geschädigte hatte den überfüllten Bus am frühen Morgen den 01. Juni 2017 gemeinsam mit ihrem damals 7-jährigen Sohn betreten. Nach Feststellung des Gerichts versetzte der Angeklagte kurz darauf der Frau einen kräftigen Stoß, woraufhin diese durch die noch geöffnete Bustür auf die Straße fiel und zu Boden ging. Anschließend beleidigte er die Frau auf rassistische und sexistische Weise. Durch die Attacke erlitt die Frau mehrere Prellungen und Hämatome.

### 25.06.2018 – Urteil im Gürtelschläger-Prozess in Berlin

Gut zwei Monate nach dem antisemitisch motivierten Angriff auf einen Kippa tragenden Israeli in Berlin-Prenzlauer Berg ist der 19-jährige Täter Knaan S. am 25.06.2018 vom Amtsgericht Tiergarten wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung verurteilt worden. Das Gericht verhängte einen Dauerarrest in Höhe von vier Wochen, der jedoch durch die Zeit des Angeklagten in Untersuchungshaft bereits abgegolten ist. Darüber hinaus ordnete das Gericht für den Verurteilten die einjährige Begleitung durch einen Betreuungshelfer sowie einen Besuch im Haus der Wannseekonferenz an. Die Tat hatte bundesweit und auch international für Aufsehen gesorgt. Adam A., das Opfer der Attacke, hatte die Tat gefilmt und anschließend ins Netz gestellt. Auf dem Video ist zu sehen, wie der Angreifer das Opfer auf Arabisch als „Drecksjude" bezeichnet und mehrfach mit seinem Gürtel auf den Filmenden einschlägt. Der Betroffene Adam A. schilderte in seiner Vernehmung vor Gericht, dass er noch immer unter den Folgen der Tat leide und sich nicht mehr sicher fühle. Aus seiner einstigen Traumstadt Berlin sei ein Ort geworden, an dem er sich nicht mehr traue, seine Kippa zu tragen. Vor Gericht hatte der Angeklagte die Schläge mit dem Gürtel und die Beleidigungen gestanden. Er gab jedoch an, dass er zuerst von Adam A. und seinem Begleiter beleidigt worden sei. Weder die beiden jungen Männer noch eine unbeteiligte Zeugin konnten jedoch die Version von Knaan S. stützen. Der Oberstaatsanwalt sagte in seinem Plädoyer, er halte die Einlassungen des Angeklagten in dieser Hinsicht für „unglaubhaft und widerlegt".

**05.07.2018 – LIES!-Aussteiger wegen Volksverhetzung verurteilt**

Am 05.07.2018 wurde ein 32-Jähriger im Amtsgericht Tiergarten wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 40 Euro verurteilt. Er war zwischen 2012 und 2016 am LIES!-Projekt der inzwischen verbotenen radikal-islamistischen Gruppe „Die wahre Religion" beteiligt. Der Angeklagte war verantwortlich für den Informationsstand am Johannisthaler Platz in Berlin. Zwischen dem 30.01. und 29.02.2016 hatte er in einer Whatsapp-Gruppe, die er zur Koordination des LIES-Projektes betreute, gegen „Ungläubige" gehetzt. Dabei bezog er sich vor allem auf Christen, aber auch auf andersgläubige Muslime. Er bezeichnete Ungläubige unter anderem als „Psychopathen", als „Handlanger des Satans" und beschrieb sie als „schlimmer als Tiere".

**16.10.2018 – Antiziganistischer Flaschenwurf: 10 Monate Haft – Rechtsrock-Klingelton im Gerichtssaal**

Wegen eines antiziganistisch motivierten Flaschenwurfs wurde der 24-jähriger John R. am 16.10.18 zu einer zehnmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Ein Mitangeklagte Nico W. (20), auf den das Jugendstrafrecht angewandt wurde, muss für eine Woche in Arrest. Die beiden waren nach Ansicht des Gerichts die Rädelsführer einer Gruppe von etwa 15 Personen, die am späten Abend des 24.11.2017 einen Zirkus in Berlin-Adlershof angriff und die Mitglieder des Familienbetriebs antiziganistisch beschimpfte, bedrohte und mit Flaschenwürfen attackierte. Da die Flaschen die Opfer nicht trafen, wurden die Angeklagten wegen versuchter gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung bestraft. Einer der Angeklagten hatte an dem besagten Abend zunächst gegen den Zirkuswagen uriniert und gegen die Tür geschlagen. Als deren Besitzer herauskam, wurde er von R. mit der Frage begrüßt, ob er sich noch an ihn erinnere und beschimpft. Zur Auseinandersetzung stießen zwei weitere Mitglieder des Zirkus und etwa ein Dutzend Freunde der Angreifer hinzu, die sich in der Nähe aufhielten. Neben Beleidigungen wie „Zigeunerpack" drohten Teile der angreifenden Gruppe auch, die Wagen in Brand zu stecken und die Mitglieder des Familienbetriebs „totzuschlagen". Über W.s politische Gesinnung und den Hintergrund der Tat gab ein Vorfall am Ende des Prozesses Aufschluss. Während des Schlusswortes der Staatsanwältin klingelte W.s Handy: zu hören war für einige Sekunden das Gitarrenintro des Lieds „Deutschland den Deutschen" der Band „Böhse Onkelz". John R. verbarg seinen Pullover der als rechts geltenden Band „Frei.Wild" erst nach mehrmaliger Aufforderung durch seinen Verteidiger.

Einer der Angeklagten nutzt zudem mutmaßlich ein Facebook-Profil, bei dem er seinen Namen mit dem Zusatz „Arisch“ versehen hat. Wie ein weiterer Angeklagter hat er NPD-Seiten mit „gefällt mir“ markiert.

**18.12.2018 – Prozess gegen Betreiber von „Migrantenschreck“**

Der Betreiber des rechtsextremen Waffenversandes „Migrantenschreck“, Mario R., ist am 18.12.2018 vom Landgericht Berlin wegen unerlaubten Waffenhandels zu einer Freiheitsstrafe in Höhe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt worden. Die 10. Große Strafkammer sah es als erwiesen an, dass R. von Ungarn aus in mindestens 177 Fällen illegal Schusswaffen an deutsche Käufer versandt hatte. Laut Anklageschrift hatte R. im Jahr 2016 von Ungarn aus den Onlineshop „Migrantenschreck“ betrieben und mit dem Versand von Schusswaffen nach Deutschland fast 110.000 Euro Gewinn erzielt. Der Versandhandel hatte auf seiner Website explizit damit geworben, dass die Waffen zur Verteidigung gegen Asylsuchende eingesetzt werden könnten („60 Joule Mündungsenergie strecken jeden Asyforderer nieder“). In Werbevideos, in denen die Pistolen vorgeführt wurden, wurde u.a. auf Fotos von hochrangigen Politikern geschossen. Der Verurteilte Mario R. ist kein Unbekannter. Im Jahre 2014 war er Aktivist der „Montagsmahnwachen für den Frieden“, bei denen sich regelmäßig rechte, verschwörungsideologische und antisemitische Akteure beteiligten. Später sympathisierte er mit der Alternative für Deutschland (AfD) und dem rechten Compact-Magazin. Gemeinsam mit dessen Chefredakteur und einem weiteren Mitarbeiter der Zeitschrift war er im Dezember 2015 bei einer Heftvorstellung im Rahmen von „Compact TV“ zu sehen. Zudem ergab die Hauptverhandlung, dass R. im Jahr 2016 mehrfach vierstellige Eurobeträge des Compact Magazins sowie des Kopp Verlages erhielt – angeblich als Vergütung für Vermarktungsdienstleistungen.

## Zusammenfassung

*Da es – außerhalb von Demonstrations- oder Veranstaltungssituationen – in der Regel nicht möglich ist, bei antisemitischen, rassistischen, homophoben etc. Attacken vor Ort zu sein, bietet die juristische Aufarbeitung von Hasskriminalität für das Projekt Mitzpe die einzige Möglichkeit, Hintergründe und Informationen über solche Vorfälle zu sammeln und diese aufzuarbeiten. Bei einem Großteil der juristischen Fälle, über die das Projekt Mitzpe berichtet hat, hat es zum Zeitpunkt des Vorfalls keine entsprechende Berichterstattung gegeben – entweder, weil der entsprechende Vorfall keinen Einzug in die Pressemeldungen der Polizei gefunden hat oder dessen politische Tragweite unterschätzt wurde. Insofern stellt die Gerichtsberichterstattung des Projekts Mitzpe auch ein erschütterndes Zeugnis über die Regelmäßigkeit von menschenfeindlich motivierten Gewalttaten in der Hauptstadt dar.*

# Sonstiges

**19.05.2018 – Bundesweite Mahnwache für den Frieden**

Etwa 150 Menschen beteiligten sich am 19.05.2018 an der „4. Bundesweiten Mahnwache für den Frieden“ in Berlin. Die „Mahnwachen“ hatten sich 2014 bundesweit formiert. Schon früh fiel diese „neue Friedensbewegung“ durch antisemitische und verschwörungsideologische Inhalte auf. Auch während der Demonstration am Samstag wurde mehrfach die Verschwörungstheorie einer „Neuen Weltordnung“ (NWO) aufgegriffen. Die Teilnehmenden zeigten, dass ihre Weltbilder vor allem aus einer Mischung aus Wahn und Hass bestehen. Marcel „Wojna“ Wojnarowicz von der Band „Die Bandbreite“ warf dem Journalisten Deniz Yücel mangelnde Liebe zu Deutschland vor, weshalb Yücel ruhig im türkischen Gefängnis „hätte verschimmeln können“. Der Rapper Kollegah werde nicht wegen antisemitischer Liedtexte kritisiert, sondern „durch die Medien geschleift“, weil er darauf aufmerksam gemacht habe, dass Israel der Aggressor im Nahen Osten sei. Die Tiraden des „Bandbreite“-Sängers gipfelten schließlich in der NS-relativierenden Formulierung, in Deutschlang gäbe es heutzutage eine „gleichgeschaltete Presse“.

**22.09.2018 – Marsch für das Leben**

Etwa 5.000 Abtreibungsgegnerinnen und –gegner beteiligten sich am 22.09.2018 am „Marsch für das Leben“ in Berlin. Die Veranstaltung wird jährlich vom „Bundesverband Lebensrecht“ organisiert. Zu den unterstützenden Gruppen zählen auch solche, die sich offen homosexuellenfeindlich äußern. Auf zahlreichen Plakaten wurden NS-Verbrechen relativiert. So wurden Schwangerschaftsabbrüche und pränataldiagnostische Maßnahmen wiederholt mit Begriffen aus dem nationalsozialistischen Jargon belegt.

## Zusammenfassung

*Auch wenn der Großteil der antisemitischen Vorfälle im Bereich des israelbezogenen Antisemitismus sowie des rechtsextremen Antisemitismus anzusiedeln sind, kam es auch im Rahmen von anderen Veranstaltungen zu antisemitischen Aussagen und Vorfällen, sei es im Querfront-Milieu durch den Rückgriff auf antisemitische Verschwörungstheorien oder durch christlich-fundamentalistische Kreise, die sich durch NS-Analogien und Relativierungen sekundär-antisemitischer Topoi bedienen.*